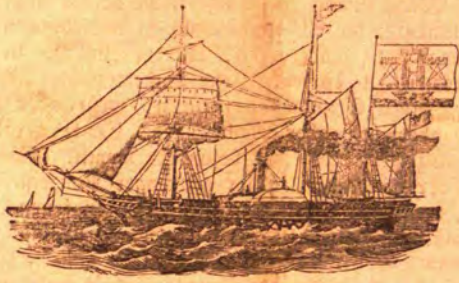


# Memeler Dampfboot.

„Memeler- und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-  
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pr. Nummer 3 Mark,  
mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten  
3 1/2 Mark.  
Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-  
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 R.-Pf.,  
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit  
20 R.-Pf. berechnet.

Reclamen pro Spaltzeile 25 R.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,  
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr  
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 R.-Pf.

No 98.

Memel, Sonnabend, den 27. April.

1878.

Abonnements-Bestellungen auf  
das „Memeler Dampfboot“ pro  
Monate Mai und Juni werden von Hiesigen  
in unserer Expedition, von Auswärtigen von  
sämtlichen Kaiserlichen Post-Anstalten  
entgegen genommen. Der Pränumerationspreis  
beträgt hier am Orte 2 Mark, mit Botenlohn  
sowie auswärts 2 Mark 40 Pf. Für Rußland bei  
den dortigen Postanstalten 3 Rbl. pro halbes Jahr.

Tagess-Chronik.

Den 27., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte  
Verklärung der Besatzung des Schiffes „Julie“; 10 1/2  
und 11 Uhr, im Hafenbau-Bureau Submission Behufs  
Lieferung von Holzwaaren, Tauwerk und Maurergründ;  
11 Uhr: 1) auf dem Kreisgerichte Termin in der Scha-  
ffmuss'schen Concursache; 2) am Schauspielhaufe Ver-  
kauf von 1 Adler-Pflug; Nachm. 3 Uhr, Kreuzstraße  
Nr. 4 Verkauf von Wein, Rum und Cognac; 4 Uhr,  
Versammlung des landwirthschaftlichen Vereins; Abends  
8 Uhr, Stiftungsfest der Liedertafel.

## Eine neue Zollschranke innerhalb des Deutschen Zollgebietes.

In der Sitzung des Deutschen Reichstages vom  
5. April erfuhr das Haus von Seiten des Reichstags-  
amtspräsidenten auf eine Interpellation des Abg. Buhl  
hin, daß die Reichsregierung beabsichtige, eine neue Zoll-  
schranke zu errichten, eine Uebergangsabgabe für den Essig  
zu erheben, welcher aus Bayern, Württemberg und Baden  
in die Staaten der Branntweinergemeinschaft (Nord-  
deutscher Bund) eingeführt wird. Es leuchtet wohl Jedem  
ein, daß es damit eine ganz besondere Bewandniß haben  
muß, da doch dem Zeitgeist allein entsprechend wäre eine  
vollständige Beseitigung der noch zwischen Nord- und  
Süddeutschland bestehenden Uebergangsabgaben.

Diese in der That ganz besondere Bewandniß er-  
giebt sich am klarsten aus einer Petition, welche 95 Essig-  
fabrikanten aus Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau, dem  
Großherzogthum Hessen und Elsaß-Lothringen an den  
Reichstag gerichtet haben. Darin heißt es unter Anderem:  
„In Folge der Verschiedenheit der Besteuerung des Brannt-  
weins in den Süd- und Norddeutschen Staaten sind die  
Inhaber aller in den an Süddeutschland grenzenden Essig-  
fabriken in eine verzweifelte Lage gebracht. Wie schroff  
und vernichtend die Sache für uns liegt, mag das eine  
Beispiel ergeben. Der Fabrikant in St. Ingbert (Bayr.  
Pfalz, in welcher gar keine Steuer auf Branntwein er-  
hoben wird) empfängt bei Bezug von Branntwein aus  
Norddeutschland per 100 Ltr. eine Bonification von  
16,01 Mk. und führt den aus diesem selben Branntwein  
fabrizirten Essig wieder steuerfrei nach der Branntwein-  
steuergemeinschaft ein, während der Fabrikant von Saar-  
brücken, 2 Stunden von St. Ingbert, die Bonification  
nicht genießt und dadurch sein allein mögliches Rohmaterial  
Branntwein 16,01 Mk. oder ca. 33 1/3 % höher bezahlen  
muß, als sein Bayrischer Concurrent. (Bayern, Württem-  
berg und Baden erheben vom Norddeutschen Branntwein  
4—4,50 Mk. Uebergangssteuer und es sind somit die  
dortigen Essigfabrikanten immerhin um 11,50—12 Mk.  
pro 100 Ltr. im Vortheil). Alle Essigfabrikanten in den  
an Bayern, Württemberg und Baden grenzenden Gebieten  
der Branntweinsteuergemeinschaft befinden sich ganz in  
derselben Lage. Durch dieses abnorme Verhältnis und  
den Fortschritt in der Fabrication von Essigspirit, der eine  
4—5mal höhere Fracht als Essig extrahirt, sind in letzten  
Jahren in Süddeutschland, besonders an der Grenze in  
der Bayrischen Pfalz, am Rhein, am Neckar und Main  
die Fabriken wie Pilze aus der Erde geschossen und noch  
begünstigt durch die billigeren Frachten obiger Flüssigkeiten,  
haben sie in demselben Maße ihrer Vermehrung und Ausdehnung  
die Existenz der Fabriken in den steuerpflichtigen Gebieten  
vollständig in Frage gestellt. Leider steht nun dem Erlaß  
der Steuer des zur Essigbereitung zu verwendenden  
Branntweins, womit für uns auch alle Schwierigkeiten  
gehoben wären, der Vertrag vom 8. Juli 1867\*) ent-

gegen und so ist als einziges Mittel zur Gleichstellung  
mit den Süddeutschen Fabrikanten nur die Einführung  
einer Uebergangssteuer auf Essig möglich. Wir bitten  
den Reichstag, den Beschlüssen der Reichsregierung und  
des Bundesraths nicht entgegenzutreten, sondern dieselben  
als eine endliche Gerechtfertigung unserer schon Jahre  
lang geführten Beschwerden anzusehen, die allein geeignet  
ist, uns vor sicherem Untergange zu bewahren.“

Diese Beschlüsse des Bundesraths waren nun den  
Süddeutschen Interessenten ganz und gar nicht gleichgültig  
und Buhl aus Deidesheim stellte deshalb seine oben er-  
wähnte Interpellation, welche sich zugleich danach erkun-  
digte, ob die Regierung beabsichtige, eine Gesetzesvorlage  
darauf einzubringen. Hierauf antwortete der Reichs-  
kanzleramtspräsident: Der Bundesrath glaube, zur Ab-  
hilfe im Verordnungswege berechtigt zu sein und halte  
sich hierzu sogar verpflichtet, da dem handgreiflichen und  
unerträglichem Uebelstande für jetzt auf andere Weise nicht  
abgeholfen werden könne als durch Einführung einer  
Uebergangsabgabe auf Essig, indem eine völlige Gleich-  
stellung Süd- und Norddeutschlands in Bezug auf die  
Branntweinbesteuerung auf den energischsten Widerstand  
der Süddeutschen Regierungen und Kammern stoßen würde.

Am 6. April hat die nationalliberale Partei zu vor-  
liegender Frage endgiltig Stellung genommen und es ist  
dieselbe seitdem bemüht, die verwandten Fractionen für  
sich zu gewinnen. Sie hat beschlossen, daß die  
vom Bundesrathe beanpruchte Befugniß, die beabsichtigte  
Uebergangsabgabe von Essig im Verordnungswege ein-  
zuführen, nicht anerkannt werden könne, weil es sich nicht  
um eine Interpretation der bestehenden Verträge, sondern  
um die Einführung einer ganz neuen Abgabe von einem  
bisher von Abgaben freien Gegenstand handle. Sie hat  
ferner beschlossen, den Antrag einzubringen, der Reichs-  
tag möge den Reichskanzler ersuchen, eine Gesetzesvorlage  
über die fragliche Angelegenheit einbringen zu lassen.  
Darüber freilich, ob die Uebergangssteuer einzuführen sei  
oder nicht, ist auch im liberalen Lager keine Einigkeit  
erzielt worden. Die Süddeutschen Abgeordneten möchten  
den bisherigen Zustand erhalten wissen, während die  
Norddeutschen ihn für unerträglich und dringend abhülfe-  
bedürftig erklären.

## Politische Uebersicht.

r. Memel, den 26. April.

Der kleine Krieg der „Provinzial-Correspondenz“  
gegen die Nationalliberalen dauert nunter fort. Be-  
dauerlicher Weise wird es der ersten nicht schwer, den  
letzteren Inkonsequenzen nachzuweisen. Das ist aber  
gar nichts Neues, und die Nationalliberalen haben doch  
nicht nöthig, immer nach derselben Richtung hin inkonse-  
quent zu sein; das würde ja beinahe wie ein System  
aussehen, beinahe wie ein Doctrinarismus — und nichts  
liegt ferner als das! „Wär' ich besonnen, hieß' ich nicht  
der Teufel“ — dies Wort können die Nationalliberalen  
jetzt variiren. Ob sie „besonnen“ sind, mögen sie selbst  
beurtheilen; jedenfalls wird es uns nicht überraschen,  
wenn sie sich noch — besinnen. Vielleicht gelingt es  
dem Fürsten Bismarck jetzt, aus der nationalliberalen  
Fraction den Mann hinauszubringen, der ihm das  
Regieren am meisten sauer gemacht hat: Herrn Laster  
und dessen sehr geschmolzenen Anhang. Wir glauben  
nicht, daß die nationalliberale Sehnsucht nach gouve-  
nementaler Initiative danach noch lange ungestillt bleiben  
würde. — Man wird gut thun, diese Eventualität, die  
möglichster Weise wohl vorbedacht und berechnet ist, nicht  
außer Augen zu lassen.

Die „letzten Scenen des Kriegsvorspiels“ —  
anders kann man die gegenwärtige Compromiß-Phase  
kaum nennen — spielen sich zwar langsam, aber ziemlich  
schablonenhaft ab. Auch bis heute Abend ist keine Nach-  
richt angelangt, welche irgend welche Erwartungen, daß  
das angestrebte Compromiß zu Stande kommen werde,  
rechtfertigen könnte. Jeder Tag beginnt und schließt mit  
Zweifeln, und nichts weist darauf hin, daß die Ungewiß-  
heit so bald gebannt werden dürfte. Der „ehrliebe  
Makler“ kann keine tröstlichen Erfolge verzeichnen. Nun  
jängt auch die allergetreueste Norddeutsche Allgemeine

Zeitung an, an dem Gelingen der Deutschen Vermittlung  
zu zweifeln, und die National-Zeitung fügt sich mit  
Fatalismus in die Unmöglichkeit, wie sie meint, den  
Vertrag von San Stefano aus der Welt zu schaffen.  
Gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, man halte  
dort das Resultat der Mediation für zweifelhaft; und ein  
Londoner Telegramm sagt: „Die politische Situation ist un-  
gewiß.“ Was hat also der Makler zu Stande gebracht? Besten-  
falls nur einen neuen „lokalisirten“ Krieg. Zuerst „lo-  
calisirte“ sich der Aufstand in dem „Bischen Herzogovina“,  
dann der Krieg in Serbien und Montenegro; hierauf  
„Localkrieg“ vom Kaukasus bis zum Mittelmeere; jetzt  
werden vielleicht zwei ganze Erdtheile zum „Local“.

In der Bulgarei hat sich ganz unvermerkt, aber  
stetig eine recht intensive Bulgerei entwickelt, welche sich  
von einem Kriege nicht durch ein geringeres Massen-  
aufgebot, sondern nur durch den Namen unterscheidet.  
Bei den jetzigen unklaren Rechtsverhältnissen in dem ge-  
nannten Lande ist nicht recht zu erkennen, ob es die  
Türken sind, welche gegen die Bulgaren; oder die Bul-  
garen, welche gegen die Türken rebelliren. Der Effect  
ist in beiden Fällen derselbe: die Russen haben ihre  
freundliche Vermittlung in unausweichlicher Form angetragen,  
und ihrer 30,000 Mann sind in dem Liebeswerke bereits  
engagirt. Vorläufig liegen nur russische Nachrichten  
über die bezüglichen Vorgänge vor. Allein die Spärlich-  
keit der russischen Offiziösen in gar zu strengem Contraste  
steht, läßt vermuten, daß es dort unten in Bulgarien  
so Manches — zu verschweigen giebt.

Eine etwas kühne Auffassung der Situation, die  
jedoch nicht ganz der Wahrscheinlichkeit entbehrt, bekundet  
eine Berliner Correspondenz: „Der Entschluß der Eng-  
lischen Regierung, unter keinerlei Form von ihrem Stand-  
punkte in der Congressfrage abzugehen, wird hier auf die  
in London fest bestehende Absicht zurückgeführt, den Krieg  
in jedem Falle zu führen. Man soll hier genau unter-  
richtet sein, daß Lord Beaconsfield dem weitgehenden  
Plane huldigt, die Ordnung der Dinge nicht nur im  
Oriente, sondern auch in Central-Europa derartig um-  
zugestalten, daß keine Großmacht ein Uebergewicht über  
die andere faktisch besitzen solle. Demgemäß dürfte der  
Krieg kein Duell bloß zwischen England und Rußland  
sein. Man behauptet, daß aus diesem Grunde das Ca-  
binet von St. James nach Allianzen sich seit Wochen  
umgesehen habe. Dieses Bestreben soll insofern nicht  
fruchtlos gewesen sein, als man in London Grund  
zur Annahme zu haben glaubt, daß Frankreich,  
Holland und Schweden an der Seite Englands  
sein würden. Man versichert, daß Lord Beacons-  
field auch die Polnische Frage in den Kreis seiner  
Berechnungen gezogen und daß England auf verschiedenen  
Wegen die Sondirung des Terrains in dieser Richtung  
bereits vorgenommen habe. Für den Fall als dieser  
weitaustragende Plan Beaconsfield's greifbarere Formen  
annehmen sollte, würden Rußland und Deutschland ein  
gemeinsames Handeln in Betracht ziehen. Hier glaubt  
man, daß Oesterreich der geplanten Coalition gegen Ruß-  
land und Deutschland ferne stehen dürfte.“ In dieselbe  
Kategorie auffälliger und selbstamer, aber nicht eben gar  
zu wahrscheinlicher Meldungen fällt auch die folgende  
Depesche aus Triest vom 20. d. M.: Nachrichten aus  
Athens zufolge, soll England mit Griechenland eine Allianz  
abgeschlossen haben. Hellas soll sich verpflichtet haben,  
75,000 Mann ins Feld zu stellen, deren Erhaltung Eng-  
land übernimmt. Im Pyraus werden bereits große Pro-  
vianddepots errichtet.

Wenn sich die Warschauer Meldung des Czars, daß  
der Petersburger Rechtsanwält Alexander, der Ver-  
theidiger der Wjera Saffulitsch verhaftet worden sei, be-  
stätigen sollte, so wird das saubere Capital russischer  
Gesetzlichkeit, welches die Aufschrift Saffulitsch trägt, mit  
wahrhaft künstlerischer Consequenz vollendet sein. Daß  
der freimüthige Verteidiger Alexandrow Anlaß habe,  
für seine Zukunft zu zittern, war schon unmittelbar nach  
der Freipredigung der Wjera Saffulitsch Niemandem zweifel-  
haft; die Immunität besteht in Rußland nur, soweit sie  
der Regierung bequem ist. Jedoch an solche himmel-  
schreiende Gewaltthat wie die Verhaftung des wackeren

\*) Zwischen dem Norddeutschen Bund und den Süddeutschen  
Staaten.





